

WIRTSCHAFTSDIENST

WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV AN DER UNIVERSITÄT HAMBURG
IN VERBINDUNG MIT DEM INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT UND SEEVERKEHR AN DER UNIVERSITÄT KIEL

ANSCHRIFT FÜR VERLAG WIRTSCHAFTSDIENST, G. M. B. H., UND SCHRIFTFLEITUNG: HAMBURG 36, POSTSTR. 19 / FERNRUF: ELBE 5052 UND HANSA 1445—1447 / TELEGRAMMADRESSE: WELTARCHIV HAMBURG / POSTSCHECKKONTO: HAMBURG 12842 / BANKKONTO: DEUTSCHE BANK FIL. HAMBURG / BEZUGSPREIS VIERTELJÄHRlich 12 RM / FÜR DEN BUCHHANDEL: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG, HAMBURG

Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen und Berichten des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein unter der Verantwortung der Verfasser / Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar

DER FORTSCHRITT DER REPARATIONEN

Von John Maynard Keynes (Cambridge)

Mr. Parker Gilbert, der Generalagent für Reparationszahlungen, hat uns seine interimistischen Beobachtungen über Deutschlands Lage vorgelegt, ohne den Ablauf eines Jahres seit seinem letzten Bericht abzuwarten. Es ist klar, warum ihm daran liegt, die Tatsachen rasch festzustellen. Trotz der Mäßigung seines Tones und seiner Schlußfolgerungen ist Mr. Gilberts Bericht, der das Datum des 10. Juni 1927 trägt, ein Warnungsruf an Deutschland und an die Welt — ein Warnungsruf, der eine gründlichere Beachtung verdient als ihm von der Tagespresse zuteil geworden ist.

Mit dem Ende Mai 1927 war das dritte Quartal des dritten Reparationsjahres abgeschlossen. Die erste Jahresleistung (1924/25), die hauptsächlich aus dem Erlös der Dawes-Anleihe bestritten wurde, betrug 1000 Mill. RM; die zweite (1925/26) betrug 1220 Mill. RM; die dritte (1926/27), die jetzt abgewickelt wird, beträgt 1500 Mill. RM; die vierte (1927/28) wird sich auf 1750 Mill. RM und die fünfte (1928/29) auf 2500 Mill. RM belaufen. Die Zahlungen auf die Annuität gehen jedoch nicht gleichmäßig im Laufe eines Jahres ein; so sind in den gerade abgelaufenen drei Vierteljahren nur drei Fünftel der Jahresleistung gezahlt worden. Also hat Deutschland bisher nie mehr geleistet als einer Jahresleistung von 1220 Mill. RM entspricht. Der große Sprung kommt jetzt. In dem Jahre, das im Juni 1927 beginnt, schuldet Deutschland etwa 2000 Mill. RM, eine Summe, die bald auf 2500 Mill. RM steigt. Wir treten also gerade jetzt in den kritischen Abschnitt.

Doch das ist nicht alles. Bisher ist die Belastung des Reichshaushalts unbedeutend gewesen; von jetzt an steigt sie rasch. Im Jahre 1924/25 war aus dem Reichshaushalt nichts zu leisten, im Jahre 1925/26 250 Mill. RM, in den ersten neun Monaten 1926/27 243,3 Mill. RM. Von Juni 1927 an werden die Haushaltszahlungen etwa 500 Mill. RM jährlich betragen und rasch auf 1250 Mill. RM steigen.

Es ist deshalb drängend geworden zu erwägen, welche Fortschritte in der Richtung der Aufbringung und Übertragung dieser bedeutend gestiegenen Lasten gemacht worden sind und zwar erstens auf dem Gebiete des

Budgets und zweitens auf dem Gebiete der Zahlungsbilanz. Diese beiden Themen sind der Gegenstand der Gilbertschen Warnungsrufe.

Was den Haushalt angeht, so sind die Aussichten sicherlich ernst. Die Lage ist schlechter geworden anstatt besser. Das Jahr 1924/25 brachte einen hübschen Überschuß und das Jahr 1925/26 ein kleines Defizit. Aber im Jahre 1926/27 beträgt das Mehr der Ausgabe über die Einnahme nach vorläufigen Berechnungen 850 Mill. RM und für 1927/28 wird ein Defizit in der gleichen Höhe erwartet; nach Abzug der Posten, die vernünftigerweise auf Anleihe übernommen werden, verbleibt noch ein Defizit. Es wird etwas einschneidendes unternommen werden müssen, wenn die Ausgabe für 1928/29 gedeckt werden soll.

Dieser Stand der Dinge ist nicht darauf zurückzuführen, daß die Steuererträge unter die vom Dawes-Komitee geschätzten Voranschläge gefallen sind; dessen Erwartungen sind vielmehr vollkommen bestätigt worden. Er ist darauf zurückzuführen, daß die Ausgaben gewachsen sind und daß es nicht gelungen ist, die finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Ländern und Gemeinden umzugestalten. Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, ungeachtet ihres tatsächlichen finanziellen Bedarfs, vom Reich 75 % der Einkommen- und Körperschaftssteuer, 30 % der Umsatzsteuer, 96 % der Grunderwerbsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Rennwett- und Lotteriesteuer und 50 % von einem Teil der Gesellschaftssteuer zu beziehen. Die Tatsache, daß ein so bedeutender Teil vieler der einträglichsten Einnahmequellen sofort und automatisch aus den Kassen des Reichs verschwindet, muß mittelbar und unmittelbar die Schwierigkeiten des Reiches, gesunde fiskalische Maßnahmen zu finden, die sein Defizit in einen Überschuß verwandeln sollen, vergrößern.

Nichtsdestoweniger ist nach Mr. Gilberts Meinung — und ich zweifle nicht daran, daß er recht hat — das Problem sicherlich lösbar und „sollte sobald wie möglich zu einer beständigen Anwendung gesunder Grundsätze der Finanzgebarung führen“. „Das Problem, die Flut der Regierungsausgaben einzudämmen, ist akut

geworden“, aber die Voranschläge „schließen noch immer eine erhebliche Sicherheitsmarge in sich“. Es ist sehr wünschenswert, daß die deutschen politischen Parteien Gilberts kategorische Warnung rechtzeitig beachten.

Wenn wir uns dem Transferproblem zuwenden, so sind die Zahlen — wie viele von uns erwarteten — wesentlich spröder. Bis zum heutigen Tage hat die deutsche Handelsbilanz nichts zur Zahlung der Reparationen beigetragen; die langfristigen Kredite aus dem Ausland haben vielmehr die Übertragungen des Transferkomitees, mögen sie in Waren oder sonstwie vorgenommen worden sein, erheblich übertroffen. Deutschland hat nur der Welt das bezahlt, was die Welt bereit war ihm zu leihen. Tatsächlich hat Deutschland es fertig gebracht, wesentlich mehr zu borgen als es bezahlt hat, wenn alle Arten des Borgens berücksichtigt werden.

Die Außenhandelszahlen sind, nach Berichtigung der Bewertungsfehler und nach Einschluß der Sachlieferungen, die folgenden gewesen:

12 Monate bis 31. Oktober 1925	Einfuhrüberschuß	3220 Mill. RM
12 " " 31. " 1926	Ausfuhrüberschuß	1260 " "
6 " " 30. April 1927	Einfuhrüberschuß	1220 " "
Gesamt für 2½ Jahre Einfuhrüberschuß		3180 Mill. RM

Ein Exportüberschuß hat nur während der Depression im ersten Teil des Jahres 1926 bestanden, die einen scharfen Rückgang der Einfuhr von Rohstoffen zur Folge hatte.

Nun können, wenn man das Anwachsen der privaten Schulden an das Ausland berücksichtigt, die „unsichtbaren“ Posten der Zahlungsbilanz (außer Reparationen) kaum ein erhebliches Aktivum zugunsten Deutschlands darstellen; sie können sogar ein Passivum darstellen. Wenn also Deutschland seine Jahresleistung 1928/29 anders als durch entsprechende Auslandsanleihen zahlen soll, so muß es einen Einfuhrüberschuß, der im jährlichen Durchschnitt 1200 Mill. RM betragen hat, in einen Ausfuhrüberschuß von 2000 bis 2400 Mill. RM umwandeln. In welchem Verhältnis steht das zum gegenwärtigen Handel Deutschlands? Die Zahlen, die wir im folgenden geben, sind nicht ermutigend:

Deutschlands Ausfuhr (Mill. RM)

Jahr v. 1. Nov. bis 31. Okt.	Nahrungsmittel	Rohstoffe u. Halbwar.	Fertigwaren	Zusammen
1913	1070	2280	6750	10 100
1924/25	520	1620	6625	8 765
1925/26	480	2330	6980	9 770
1926/27*)	470	2400	6880	9 750

*) Die Zahlen der ersten 6 Monate verdoppelt.

So liegen — abgesehen von Lebensmitteln und Getränken — die deutschen Exporte dem Werte nach etwas über der Vorkriegshöhe, aber wahrscheinlich der Menge nach etwas darunter — vielleicht um etwa 10 % unter Berücksichtigung des Gebietsverlustes. Während der vergangenen drei Jahre sind die Ziffern sehr beständig gewesen mit einer leichten Tendenz zur Steigerung. Wenn wir eine Unterteilung der Exporte in Gruppen vornehmen, so kommen wir zu dem gleichen Schluß, abgesehen davon, daß der Wert der Kohlenausfuhr seit Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks einen starken Rückgang zeigt.

Soll nun die Jahresleistung 1928/29 vollständig ohne Rückgriff auf Auslandsanleihen beglichen werden, so folgt, daß die deutsche Ausfuhr jetzt einen großen Aufschwung nehmen und um etwa 36 % oder, unter Berücksichtigung der in den Ausfuhr verkörperten ausländischen Rohstoffe, um einen Satz, der zwischen 40 und 50 % liegt, steigen muß. Eine weitere leichte Besserung ist vernünftigerweise zu erwarten. Aber ist eine so große Umstellung in zwei oder drei Jahren zu erwarten? Bedenken wir, daß mehr als ein Drittel der deutschen Ausfuhr aus Kohle, Eisen, Stahl und Textilien besteht und daß wir nach Einrechnung der Chemikalien und Maschinen auf wesentlich mehr als die Hälfte kommen: Würde einer seiner industriellen Konkurrenten diese Umstellung bewillkommen? Bedenken wir sodann, daß diese große Ausdehnung nur dann eintreten wird, wenn seine Hauptkonkurrenten auf Deutschland einen unwiderstehlichen Druck ausüben, damit es sie aus ihren eigenen Absatzmärkten vertreibe. Hält irgend jemand — hält M. Poincaré — das für möglich?

Mit alledem ist in der Tat nichts Neues gesagt. Nichts Neues — abgesehen davon, daß die Zeit vergeht und daß Zeitpunkte, die in der Ferne lagen, näher rücken. Der Dawes-Plan wird plangemäß zusammenbrechen. Die Frage ist: Welcher Preis wird für seine Abänderung zu zahlen sein? Welche Ausmaße wird die innerdeutsche Krise annehmen müssen, bevor die Tatsachen zugegeben werden? Dies ist die Frage, mit der sich von nun an die Diplomaten vorzugsweise befassen sollten.

Dies bringt uns zurück zum Problem des Haushalts und zu Mr. Gilberts Warnungsruf. Es ist wahrscheinlich, daß die Verfasser des Dawes-Plans gar nicht erwarteten, daß ihr Plan durchgeführt würde. Das Ziel, dem sie nachstrebten, war erstens, Zeit zu gewinnen, aber vor allem es so einzurichten, daß, falls der Zusammenbruch kommt, er als etwas unvermeidliches und unfreiwilliges kommen würde. Ihr Ziel war, den Teil des Problems, den zu erfüllen in Deutschlands Macht liegen würde — guter Wille vorausgesetzt —, von dem ändern zu trennen, der tatsächlich über seine Leistungsfähigkeit hinausging; in anderen Worten: so klar wie möglich das Aufbringungsproblem von dem Übertragungsproblem zu trennen. Hier liegt der Sinn von Mr. Gilberts Worten. Die gegenwärtige Finanzpolitik der Deutschen Regierung läuft Gefahr, gerade die Unordnung wieder herbeizuführen, die abzustellen die Aufgabe des Dawes-Komitees war. Wenn es zu einer Krisis des Transferproblems kommt und Deutschland seine Jahresleistung regelrecht aus seinen Einnahmen begleicht, ohne auf Anleihen irgendwelcher Art zurückzugreifen, dann sollte es möglich sein, die notwendigen Modifikationen kühlen Geistes zu bereden; denn die deutsche Finanzverwaltung wird das ihrige getan haben. Aber wenn ihre Finanzgebarung Anlaß zur Kritik gibt, wenn ihre Ausgaben höher sind als sie sein sollten, und wenn sie die Jahresleistung nicht aus ordentlichen Einnahmen bestreitet, dann besteht die Gefahr, daß die Frage nach Deutschlands gutem Willen sich wieder in die diplomatische Arena einschleicht — und M. Poincaré seine Gelegenheit gibt. Ich hoffe, daß Deutschland dem Dawes-Gedanken entgegenkommt und seinen Haushalt in Ordnung bringt, so bald es kann.